

Die «Monatsbriefe» (vormals «Briefe gegen das Vergessen») sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

ÄGYPTEN: BRIEFAKTION FÜR ALAA ABDEL FATTAH ZU UNRECHT INHAFTIERTER AKTIVIST MUSS FREIKOMMEN!

Alaa Abdel Fattah war fünf Jahre lang zu Unrecht inhaftiert und hat am 29. September 2024 seine Haftstrafe verbüsst. Allerdings wird befürchtet, dass die ägyptischen Behörden ihn nicht freilassen werden. Der bekannte ägyptisch-britische Aktivist wurde am 20. Dezember 2021 in einem äusserst unfairen Verfahren von einem Staatssicherheitsgericht wegen «Verbreitung falscher Nachrichten» zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Er war einen Grossteil der vergangenen zehn Jahre willkürlich inhaftiert und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Dazu gehören Folter und andere Misshandlungen, lange willkürliche Inhaftierung, ein unfares Verfahren sowie das zeitweilige Untersagen von Familienbesuchen. Alaa Abdel Fattah ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der umgehend und bedingungslos freigelassen werden muss, da er nur wegen der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte inhaftiert ist.

Es wird befürchtet, dass die Behörden den Aktivisten trotz seiner bereits verbüsst fünf Jahre im Gefängnis nicht freilassen werden, da sie die Zeit der Untersuchungshaft nicht auf seine Haftstrafe anzurechnen scheinen.

Zudem ist es möglich, dass die Behörden wegen neuer konstruierter Anschuldigungen ein weiteres strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn einleiten werden, um ihn weiterhin willkürlich in Haft halten zu können. Diese gemeinhin als «Rotation» bezeichnete Praxis bedeutet, dass gegen Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert sind, neue Verfahren eingeleitet werden, um sie auf unbestimmte Zeit in Haft halten zu können. Dies geschieht selbst in Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft oder ein Gericht bereits die Freilassung der Betroffenen angeordnet hat, oder wenn sie ihre Strafe bereits verbüsst haben.

Alaa Abdel Fattah, ein bekannter politischer Aktivist und Regierungskritiker, wurde in den vergangenen Jahren wiederholt festgenommen.

Nach einiger Mobilisierung und öffentlicher Empörung während der UN-Klimakonferenz (COP27) in Ägypten im Jahr 2022 haben sich die Haftbedingungen und der allgemeine Gesundheitszustand von Alaa Abdel Fattah verbessert. Die Gefängnisbehörden verweigern ihm jedoch seit März 2020 den Kontakt zu seinem Rechtsbeistand, Telefonate mit seinen Angehörigen sowie den Zugang zu konsularischem Beistand durch britische Botschaftsangehörige. Ausserdem hat Alaa Abdel Fattah seit 2019 keinen Zugang zu frischer Luft und Sonnenlicht und darf nur in einer überdachten Halle Sport machen.

📣 Setzen Sie sich für Alaa Abdel Fattah ein – Unser Aktionsvorschlag:

- ✉ Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an Präsident Abdel Fattah al-Sisi**. Fordern Sie die umgehend und bedingungslose Freilassung von Alaa Abdel Fattah, da er nur wegen der Wahrnehmung seiner Menschenrechte inhaftiert ist, dass ihm bis zu seiner Freilassung Zugang zu seinen Rechtsbeiständen und Familienangehörigen sowie zu angemessener Gesundheitsversorgung gewährt wird und dass seine Haftbedingungen den internationalen Standards entsprechen. Fordern Sie ebenfalls die Sicherstellung, dass Alaa Abdel Fattah unverzüglich konsularischen Beistand erhält.
- Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.
- Bevorzugte Sprache(n): Arabisch, Englisch oder in Ihrer eigenen Sprache.
- Senden Sie den Brief **per Post** (oder per E-Mail/Fax/Twitter).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

President Abdel Fattah al-Sisi
Office of the President
Al Ittihadia Palace
Cairo
Arab Republic of Egypt

Fax: +202 2577 4716
E-Mail: p.spokesman@op.gov.eg
Twitter/X: @AlsisiOfficial

Porto: Europa: CHF 1.90 / übrige Länder: CHF 2.50
Anrede: ENG: Your Excellency, / DE: Exzellenz

KOPIE AN

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten
Elfenauweg 61
3006 Bern

Fax: 031 352 06 25
E-Mail: eg.emb.bern@gmail.com
FB: <https://www.facebook.com/eg.bern.embassy/>

Porto Schweiz



Online zudem:

- **Modellbrief in Englisch**
- Weitere **Hintergrundinformationen**
- Zusätzliche Adressen und Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2024/ua-132-19-aegypten>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld auch die **Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

President Abdel Fattah al-Sisi
Office of the President
Al Ittihadia Palace
Cairo
Arab Republic of Egypt

Exzellenz

Alaa Abdel Fattah hat am 29. September seine fünfjährige Haftstrafe verbüsst.

Lassen Sie Alaa Abdel Fattah bitte umgehend und bedingungslos frei, da er nur wegen der Wahrnehmung seiner Menschenrechte inhaftiert ist.

Gewähren Sie ihm bis zu seiner Freilassung bitte Zugang zu seinen Rechtsbeiständen und Familienangehörigen sowie zu angemessener Gesundheitsversorgung. Sorgen Sie auch dafür, dass seine Haftbedingungen den internationalen Standards entsprechen.

Stellen Sie zudem sicher, dass Alaa Abdel Fattah unverzüglich konsularischen Beistand erhält.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten, Elfenauweg 61, 3006 Bern
Fax: 031 352 06 25 / E-Mail: eg.emb.bern@gmail.com / FB: <https://www.facebook.com/eg.bern.embassy/>

Die «Monatsbriefe» (vormals «Briefe gegen das Vergessen») sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: BRIEFAKTION FÜR DIE HAITIANER*INNEN IM LAND

RASSISTISCH MOTIVIERTE ABSCHIEBUNGEN VON HAITIANER*INNEN BEENDEN!

Präsident Luis Abinader kündigte am 2. Oktober an, dass ab dem 4. Oktober wöchentlich bis zu 10'000 Personen aus der Dominikanischen Republik in das Nachbarland Haiti abgeschoben werden sollen. Ein solches Vorgehen würde vielfachen Menschenrechtsverletzungen in der Dominikanischen Republik Vorschub leisten. Diese Kollektivabschiebungen könnten dazu führen, dass auch schutzbedürftige Personen, Schwangere, Kinder, Staatenlose und Asylsuchende verstärkt von bereits bestehenden rechtswidrigen Praktiken betroffen wären. Eine solche Massnahme verstösst gegen internationales Recht.

Am 2. Oktober 2024 kündigte der Präsident der Dominikanischen Republik, Luis Abinader, die sofortige Umsetzung eines Plans zur Abschiebung von bis zu 10'000 Migrant*innen pro Woche an. Diese Massnahme wirft erhebliche Bedenken hinsichtlich der Behandlung von Haitianer*innen, Dominikaner*innen haitianischer Abstammung, Asylsuchenden, staatenlosen Personen und Schwarzen Menschen in der Dominikanischen Republik auf. Das Vorhaben stellt eine ernsthafte Bedrohung ihrer Menschenrechte dar.

Die angekündigte Zunahme der Abschiebungen birgt das Risiko von Racial Profiling, Kollektivausweisungen und anderen Menschenrechtsverletzungen, die gegen das Verbot rassistischer Diskriminierung und andere internationale Verpflichtungen verstossen. Es besteht die Gefahr, dass dieses Vorgehen eine individuelle Bewertung des Schutzbedarfs jeder Person, darunter Schwangere, Minderjährige, Staatenlose und Asylsuchende, verhindern wird.

Darüber hinaus besteht für Dominikaner*innen haitianischer Abstammung und Staatenlose, die ohnehin zwei vulnerable Gruppen sind, ein erhöhtes Risiko, zu Unrecht inhaftiert und abgeschoben zu werden. Das Fehlen einer Rechenschaftspflicht bei rassistischen Massnahmen im Bereich Migration und das Fehlen von Menschenrechtsgarantien bei der Umsetzung dieser Massnahmen macht die Zusagen der Regierung, die Menschenrechte schützen zu wollen, unglaubwürdig. Ihr Vorgehen deutet vielmehr darauf hin, dass sie bei der Achtung der Menschenwürde und der Einhaltung der Menschenrechte mit zweierlei Mass misst.

Die Regierung muss diese rassistische Migrationspolitik gegen Haitianer*innen auf der Flucht überdenken und dem Schutz der Menschenrechte Vorrang geben.

Setzen Sie sich für die Haitianer*innen ein – Unser Aktionsvorschlag:

- Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an den Präsidenten**. Fordern Sie seine Regierung auf, die Praxis der Kollektivausweisungen unverzüglich zu beenden und dafür zu sorgen, dass die Migrationspolitik und -praxis alle Menschen achtet und sie vor rassistischer Diskriminierung schützt und die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der Dominikanischen Republik erfüllt.
 - Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.
 - Bevorzugte Sprache(n): Spanisch oder in Ihrer eigenen Sprache.
 - Senden Sie den Brief **per Post** (oder per E-Mail/Twitter).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Luis Rodolfo Abinader Corona
 Presidente de República Dominicana
 Av. México esq. Calle Dr. Delgado, Palacio Nacional
 Santo Domingo
 República Dominicana

Twitter/X, Instagram: @luisabinader
 Facebook: <https://www.facebook.com/LuisAbinaderCorona/>
 E-Mail: info@presidencia.gob.do

Porto: Europa: CHF 1.90 / übrige Länder: CHF 2.50
Anrede: ESP: Señor Presidente: / DE: Sehr geehrter Herr Präsident

KOPIE AN


Botschaft der Dominikanischen Republik
 Weltpoststrasse 4
 3015 Bern
 Fax: 031 351 15 87
 E-Mail: embadomsuiza@mirex.gob.do

Porto Schweiz

Online zudem:

- **Modellbriefe** in Englisch und Spanisch
- Weitere **Hintergrundinformationen**
- Zusätzliche Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2024/ua-088-24-dominikanische-republik>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch **die Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

Luis Rodolfo Abinader Corona
Presidente de República Dominicana
Av. México esq. Calle Dr. Delgado,
Palacio Nacional
Santo Domingo
República Dominicana

Sehr geehrter Herr Präsident

Am 2. Oktober 2024 kündigten Sie die sofortige Umsetzung eines Plans zur Abschiebung von bis zu 10'000 Migrant*innen pro Woche an.

Diese Massnahme wirft erhebliche Bedenken hinsichtlich der Behandlung von Haitianer*innen, Dominikaner*innen haitianischer Abstammung, Asylsuchenden, staatenlosen Personen und Schwarzen Menschen in der Dominikanischen Republik auf. Das Vorhaben stellt eine ernsthafte Bedrohung ihrer Menschenrechte dar.

Ich fordere Ihre Regierung auf, die Praxis der Kollektivausweisungen unverzüglich zu beenden und dafür zu sorgen, dass die Migrationspolitik und -praxis alle Menschen achtet und sie vor rassistischer Diskriminierung schützt und die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der Dominikanischen Republik erfüllt.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Dominikanischen Republik, Weltpoststrasse 4, 3015 Bern
Fax: 031 351 15 87 / E-Mail: embadomsuiza@mirex.gob.do